

Nein zur Siedlungspolitik: 12 weitere EU-Staaten setzen klares Zeichen

In den vergangenen Tagen haben 12 weitere EU-Staaten zur völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungspolitik klar Position bezogen.



Österreich, Belgien, Kroatien, Dänemark, Finnland, Griechenland, Irland, Luxemburg, Malta, Portugal, Slowakei und Slowenien warnten ihre Unternehmen vor finanziellen Aktivitäten und Investitionen in israelischen Siedlungen.

Die in der Westbank befindlichen Siedlungen seien ebenso wie in Ost-Jerusalem, Gaza und Golanhöhen nach einhelliger internationaler Rechtsauffassung illegal und stellen eines der Haupthindernisse einer friedlichen Lösung im Konflikt dar. Die Europäische Union werde „keine Änderungen in den Grenzen von 1967 anerkennen, auch in Bezug auf den Status von Jerusalem nicht als den von den beteiligten Parteien vereinbart“.

Alle Finanzgeschäfte, Investitionen, Käufe, Anschaffungen sowie andere wirtschaftliche Aktivitäten, einschließlich aller touristischen Services, in israelischen Siedlungen bergen rechtliche und wirtschaftliche Risiken, da sie nicht auf israelischen Staatsgebiet erfolgen, sondern nach internationalem Recht auf besetztem Gebiet und damit illegal erfolgen.

Bisher haben insgesamt 17 Länder derartige Warnungen an ihre Bürger und Unternehmen herausgegeben. Ende Juni haben Frankreich, Italien und Spanien entsprechende Kommuniqués veröffentlicht; Deutschland und Großbritannien taten dies bereits vor Monaten. Es wird erwartet, dass Lettland, Polen und Schweden sich in naher Zukunft ebenfalls anschließen werden.